

«Die Lehre wird an Priorität verlieren»

Lehrlinge immer öfter aus dem Ausland

Von Thomas Lüthi

Bern/Basel. Die Baslerbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter verlangt, dass naturwissenschaftlich-technische Fächer im Unterricht stärker gewichtet werden. Ein Problem sei die «Verweiblichung» der Schule.

BaZ: Der Nationalrat will in den nächsten vier Jahren 26,4 Milliarden Franken für Bildung und Forschung ausgeben. Die CVP fordert noch mehr Förderung. Reichen die 26 Milliarden noch nicht?

Elisabeth Schneider-Schneiter:



Wir wollen nicht mehr Geld ausgeben, auch wenn wir gerne noch mehr gehabt hätten, um die Ausbildung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (Mint) zu fördern. Wir wollen, dass die Mittel in einen starken Forschungs- und Innovationsstandort investiert werden. Das nützt auch der Nordwestschweiz. Das Parlament beschloss zusätzliche 300 Millionen für die ETH. Vier Milliarden fließen in die Forschung. Acht Millionen sind für die Mint-Förderung geplant. Es ist doch alles auf bestem Weg.

Wir möchten, dass der Bund noch mehr für die Mint-Fächer tut. Bundesrat und Parlament haben das bisher abgelehnt. In der Schweiz nehmen sich bis jetzt etwa 200 Akteure der Mint-Förderung an. Das sind Schulen, Unternehmen, Lehrverbände, Verbände und so weiter.

Also wird einiges getan für diese Fächer. Aber es gibt keine übergreifende Strategie, wie der Bereich Mint gefördert und die vielen einzelnen Aktivitäten koordiniert werden könnten. Wir wollen auch mehr tun für die Berufsbildung. Wir befürchten, dass unser duales Ausbildungssystem mit praktischer Lehre und Berufsschule geschwächt wird.

Wie das?

Für die Berufsbildung ist ab Neujahr das neu geschaffene Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation zuständig. Wir befürchten, dass die Berufslehre in diesem Staatssekretariat zu kurz kommt; sie wird an Priorität verlieren.

Und was sollte man dagegen tun?

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass das duale Bildungssystem mit Lehre und Berufsschule erhalten und die Lehre attraktiv bleibt. Dazu gehört auch, dass junge Schweizer Berufsleute sich im Ausland weiterbilden oder dort eine Stelle antreten können. Problematisch ist heute, dass die Berufsabschlüsse nicht in allen Bereichen anerkannt sind und unsere Berufsleute Schwierigkeiten haben, sich an einer Hochschule im Ausland weiterzubilden.

Wie wollen Sie die Berufslehre in der Schweiz fördern?

Es braucht Anreize für Betriebe, Lehrstellen zu schaffen und junge Leute in die Lehre zu nehmen. Was mich erschreckt: Wir haben in unserer grenznahen Region immer mehr Lehrlinge aus dem Ausland und nicht mehr aus der Schweiz. Offensichtlich finden die Unternehmen nicht genügend Auszubildende im Inland.

Ihr CVP-Nationalratskollege Ruedi Lustenberger schlägt vor, dass Lehrbetriebe bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden gegenüber Firmen, die keine Leute ausbilden.

Das ist heikel. Es gibt Unternehmen, die als Lehrbetriebe nicht geeignet sind. Eine solche Regulierung geht mir zu weit. Wichtig ist, dass die Berufslehre nicht weiter akademisiert wird. Ein guter Handwerker, meine ich, muss keine Berufsmatur haben.

Was muss in der Region Basel noch getan werden in der Förderung von Forschung und Innovation?

Es braucht eine Mint-Offensive. Die CVP hat dazu in Baselland und Basel-Stadt Vorstösse eingereicht. Aber wenn ich sehe, wie mein Sohn in der 5. Klasse lernen muss zu stricken, dann merke ich davon noch nicht viel. Die Mint-Förderung sollte schon im Kindergarten beginnen.

Woran liegt es?

Der Unterricht in Kindergarten und Primarschule wird vor allem durch Frauen erteilt. Da noch immer weibliche Rollenbilder bestehen, nach welchen Mädchen oder Frauen weniger Interesse an Naturwissenschaft und Technik haben, gehen Mint-Kompetenzen verloren. Die Verweiblichung der Bildung vorab in der Unterstufe führt dazu, dass naturwissenschaftliche Fächer weniger interessieren.



CVP-Bildungspolitik. Mehr Unterricht in naturwissenschaftlich-technischen Fächern statt Nähen und Stricken verlangt die CVP. Foto Keystone

CVP will, dass mehr für die Berufslehre getan wird

Bern. Die Schweiz soll mehr inländische Fachkräfte ausbilden, mehr ausländische Fachkräfte holen und innovative Unternehmen steuerlich begünstigen. Dies fordert die CVP. Sie hat in Bern Vorschläge zur Förderung des Forschungs- und Innovationsstandortes präsentiert. Dazu gehört für die CVP die Stärkung des dualen Bildungssystems. Die Berufsbildung dürfe nicht weiter akademisiert werden. Das duale Bildungssystem

müsse international bekannt gemacht werden. Weiter fordert die CVP, dass die Ausbildung der Lehrkräfte für Naturwissenschaften verbessert wird. Attraktive Lehrmittel sollen den Lehrpersonen helfen, das Interesse der Kinder und Jugendlichen für Naturwissenschaften und Technik zu wecken. Dies sei nötig, um dem Fachkräftemangel in den Naturwissenschaften entgegenzuwirken, sagte Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Interview). SDA

Nachrichten

CSP unterstützt Asylgesetz-Referendum

Bern. Die CSP Schweiz hat beschlossen, das Referendum gegen die Asylgesetzrevision zu unterstützen. Der Beschluss der Parteispitze fiel einstimmig. Damit ist die CSP dem Komitee gegen die Revision des Asylgesetzes beigetreten, wie die Partei am Montag mitteilte. Unter der Führung der Jungen Grünen hatten mehrere linke Organisationen Anfang Oktober das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz ergriffen. Die Sammelfrist der benötigten 50 000 Unterschriften läuft am 17. Januar 2013 ab. Bis gestern sind gemäss Website des Referendumskomitees rund 48 500 Unterschriften zusammengekommen. SDA

Schweiz führt Gelder an Angola zurück

Bern. Die Schweiz wird Angola 39,5 Millionen Franken zurückgeben. Sie sollen in Entwicklungsprojekte fliesen. Sie waren im Rahmen eines Strafverfahrens wegen mutmasslicher Geldwäscherei in Genf blockiert worden, wie das Aussendepartement mitteilte. SDA

Neue Offensive gegen unlautere Praktiken

Bern. Seit dem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) haben die Schweizer Konsumentenschützer über 5000 Beschwerden gesammelt. Nun will die Allianz der Konsumentenschutzorganisationen Firmen in die Zange nehmen, die ihren Kunden unfaire Geschäftsbedingungen auferlegen, wie Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), gestern sagte. «Wir prüfen eine Musterklage gegen einen besonders stossenden Missbrauch.» SDA

Nachrüstung von Mühleberg wird teurer

Bern. Die zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen für das Atomkraftwerk Mühleberg kosten den bernischen Energiekonzern BKW mehr als wie bisher angegeben 170 Millionen Franken. Die Mühleberg-Betreiberin verschiebt deshalb den Entscheid zur Nachrüstung um ein halbes Jahr, wie sie gestern mitteilte. SDA

Zutrittsalter ins Kino wird vereinheitlicht



Bern. Ab 2013 gelten in der ganzen Schweiz einheitliche Alterslimiten für Kinofilme. Darauf hatten sich die Kantone vor einem Jahr geeinigt. Eine 60-köpfige Kommission legt künftig das Zulassungsalter schweizweit fest. Mit der Gründung der Schweizerischen Kommission Jugendschutz im Film werde dem «Kantönleigst» beim Kinozutrittsalter ein Ende gesetzt, sagte Hans-Jürg Käser, Präsident der Konferenz der kantonalen Justizdirektoren gestern (Bild: «Der Hobbit» in Basel ab 14 Jahren, im Aargau ab 12). SDA

Regionale TV-Sender mit schweizweitem Empfang

Bern. Regionale Fernsehprogramme sollen landesweit und ausserhalb ihrer Konzessionsgebiete über Kabel oder Internet empfangen werden können. Heute dürfen regionale Sender, die über eine Konzession mit Service-public-Auftrag verfügen, nur in ihrem Versorgungsgebiet senden. Für Anbieter von Internetfernsehen und Kabelnetzbetreiber ist diese Beschränkung nur mit unverhältnismässigem Aufwand einzuhalten, wenn sie ihr Angebot unverhüllt verbreiten möchten. Die Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung, deren Anhörung gestern zu Ende ging, soll dieser technischen Entwicklung Rechnung tragen. SDA

LSVA: Neue Bestimmungen

Anhörung zur Revision gestartet

Bern. Der Bund will die Bestimmungen zur Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) anpassen. Unter anderem soll das massgebende Gewicht für die Berechnung neu definiert werden. Die Eidgenössische Zollverwaltung hat gestern die Anhörung zu einer Revision der entsprechenden Verordnung eröffnet. Interessierte können sich bis zum 27. März 2013 äussern.

Die LSVA wird auf Personen- und Transportfahrzeuge von mehr als 3,5 Tonnen Gesamtgewicht erhoben. Neu soll bei Fahrzeugkombinationen grundsätzlich das im Fahrzeugausweis eingetragene zulässige Gewicht des Zuges massgebend sein. Die Achslasten sollen bei der Berechnung der Abgabe nicht mehr berücksichtigt werden. Es sei davon auszugehen, dass die Änderung für die Halter zu keiner oder nur zu einer geringen finanziellen Mehrbelastung führe, heisst es im Anhörungsbericht. Vor allem müssten die Halter keine Anträge um Berücksichtigung der Achslasten mehr einreichen. Neue Bestimmungen gibt es auch für Anhänger mit Wechselschild. Die Halter sollen an diesen künftig ein Zeichen anbringen müssen, auf dem das höchstzulässige Gesamtgewicht aufgeführt ist. Damit will der Bund Missbräuche bekämpfen. Regelmässig werde der leichtere Anhänger deklariert, obwohl der schwere angekoppelt sei, heisst es. SDA

230 Millionen für Italien

Bund finanziert den Bahnausbau für die Neat-Zufahrt am Gotthard

Bern. Die Schweiz will vorwärts machen beim Ausbau der Zufahrten auf italienischer Seite zum neuen Gotthard-Eisenbahntunnel. Sie stellt deshalb Italien die dafür nötigen Gelder zur Verfügung. Das haben Bundesrätin Doris Leuthard und der zuständige italienische Minister Corrado Passera vereinbart. Beide unterzeichneten gestern in Bern eine entsprechende Vereinbarung. In dem Memorandum of Understanding werden die Bedingungen festgelegt für den Ausbau der Bahnstrecken zum Neat-Tunnel am Gotthard, wie das Verkehrsdepartement (UVEK) mitteilte.

Damit der neue Eisenbahntunnel für den Güterverkehr voll genutzt werden kann, müssen auch auf italienischer Seite die Zufahrtstrecken bei der Bahn auf vier Meter hohe Sattelschlepper ausgelegt werden. Gelingt dies nicht, können Sattelschlepper dieser Höhe auf der Gotthardstrecke nicht auf der Schiene bis in die Wirtschaftszentren Italiens transportiert werden. Sie müssten bereits vorher wieder auf die Strasse oder blieben gleich darauf. Das Verlagerungsziel des Bundes würde somit in noch weitere Ferne rücken.

Zinsvergünstigtes Darlehen

Doch mit dem Ausbau der Bahnstrecken im Nachbarland Italien harzt es seit Jahren. Deshalb hat der Bundesrat bereits im vergangenen September beschlossen, die Arbeiten dazu mit

230 Millionen Franken zu unterstützen. Italien soll das Geld als zinsvergünstigtes Darlehen erhalten. Die Gelder sollen zunächst aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV) und ab dem Jahr 2017 aus dem geplanten Nachfolgefonds, dem Bahninfrastrukturfonds (BIF), stammen.

Mailand-Chiasso und Luino-Linie

Die Millionen fließen in den Ausbau der Strecke Chiasso-Mailand und der Luino-Linie zwischen Ranzo (TI) und Gallarate in der Lombardei. Die Schweiz sei bereit, dort «die nötigen Profilanpassungen (...) vollständig zu finanzieren», schreibt das UVEK im Communiqué. Ein rascher Ausbau liege «im Interesse der Schweizer Verlagerungspolitik». Damit die Sattelschlepper von der Strasse auch auf die Schiene kommen, wollen die Schweiz und Italien zudem am Mailänder Güterbahnhof den Bau eines neuen Terminals unterstützen. Die Schweiz werde sich am Bau dieses Terminals (...) auf der Basis der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten beteiligen», schreibt das UVEK dazu.

Voraussetzung, dass der Handel mit Italien zustande kommt, ist, dass das Parlament in Bern dafür grünes Licht gibt. Die Vorschläge des Bundesrates sind derzeit in der Vernehmlassung. Diese endet am 21. Dezember. Sie sind Teil der Vorschläge für den Ausbau der

ganzen Gotthardstrecke auf einen Vier-Meter-Korridor. Insgesamt soll das 940 Millionen Franken kosten.

Auch Zugpassagiere sollen künftig besser bedient werden. Weiteres Ziel der Vereinbarung sei, den Service bei den internationalen Zügen nach Italien zu verbessern, so das UVEK. Zudem erhofft man sich mehr Pünktlichkeit. Weiter peilen die Schweiz und Italien an, dass nach der Eröffnung des Gotthard- und des Ceneritunnels die Fahrzeit zwischen Zürich und Mailand «schrittweise auf rund drei Stunden gesenkt wird». Der Gotthard-Basistunnel soll 2017 in Betrieb gehen, die Eröffnung des Ceneri-Basistunnels ist für 2019 geplant. Allerdings steht der Ceneritermin auf wackligen Füßen, da die Arbeiten Monate im Rückstand sind.

Zusammenarbeit in Energiefragen

Leuthard und Passera wollen zudem im Energiesektor enger kooperieren, wie in einem weiteren Memorandum festgehalten wurde. Ziel sei eine bessere Zusammenarbeit bei der Versorgungssicherheit, der Energieeffizienz, den erneuerbaren Energien und den Elektrizitätssystemen. Enger abstimmen wollen die Schweiz und Italien sich auch beim geplanten Bau der Trans Adriatic Pipeline, die ab etwa 2018 Gas aus Aserbaidschan über Griechenland via Albanien durch die Adria nach Italien und in die Schweiz transportieren soll. SDA